



## **KLUB DER ÖVP BEZIRKS RÄTINNEN UND BEZIRKS RÄTE NEUBAU**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Neubau stellen gemäß § 104 WStv. zur Bezirksvertretungssitzung am **21.02.2019** folgenden

### **Resolutions-Antrag**

#### **betreffend die zunehmende Gewalt gegen Frauen sowie der allgemeinen Zunahme der Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung**

Die Bezirksvertretung des Bezirks spricht sich dafür aus, dass auf allen politischen Handlungsebenen jene Maßnahmen verstärkt werden, die dazu dienen, dass die Zunahme der Gewaltbereitschaft gegen Frauen, aber auch die zunehmende Tendenz Konflikte unter anderem im öffentlichen Raum, die nicht nur mit der Gewalt gegen Frauen zu tun haben, auszutragen, gestoppt werden kann. Hierbei muss den Maßnahmen der Gewaltprävention ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Egal von wem die Gewalt gegen Frauen ausgeht und wo sie stattfindet, sie ist strikt abzulehnen und erfordert eine gesellschaftspolitische Antwort mit entsprechenden Maßnahmen.

### **BEGRÜNDUNG**

Zu Recht steigt die Besorgnis wegen der Zunahme der Gewalt gegen Frauen, wie man sie nun zu Beginn dieses Jahres besonders krass erleben musste. Darüber hinaus ist leider die Gewaltbereitschaft in anderen Bereichen ebenfalls angestiegen. Immer öfters kommt es zur gewaltsamen Austragung von Konflikten. Neben den tragischen Beziehungsdramen der letzten Zeit mit tödlichem Ausgang, gibt es immer öfter Gewaltereignisse in Schulen, auf der Straße, im Straßenverkehr oder in Parks. Neben der tragischen Folgen für die im Einzelfall betroffenen, führt diese Entwicklung zu einer Beeinträchtigung des subjektiven Sicherheitsgefühls und damit zu einer Einschränkung der Lebensqualität für die Wiener Bevölkerung. Zuletzt hat die Bundesregierung mit einem Gewaltpräventionspaket reagiert, aber auch seitens anderer Körperschaften und Institutionen wie beispielsweise der Stadt Wien wurden schon Gegenstrategien entwickelt.

Diese gilt es jetzt in Form einer verstärkten Gewaltprävention und Bewusstseinsbildung und gesellschaftlichen Ächtung und entsprechender strafrechtlicher Überlegungen, vor allem im Bereich der Gewalt gegen Frauen zu verschärfen, sodass sie keineswegs als Kavaliersdelikte angesehen werden können. Alle Maßnahmen in diese Richtung sollten daher gebündelt und von allen politischen Akteuren, bis hin zu den Bezirksvertretungen unterstützt und umgesetzt werden.